

„Diplomaten brauchen einen langen Atem“

Rüstungsexperte Dr. Oliver Thränert setzt auf friedliche Lösung der Iran-Krise



Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad und seine Generäle bei einer Militärparade am Dienstag. Besonders das Mittelstreckenraketenprogramm Irans ist besorgniserregend. Militärisch machen sie nur mit Atomsprengköpfen Sinn. Fotos: dpa

US-Präsident George W. Bush sieht den Iran schon lange auf der „Achse des Bösen“. Seit der radikale Islamist Mahmud Ahmadinedschad zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, scheint das Mullah-Regime die Einschätzung bestätigen zu wollen. Antisemitische und antisraelische Ausfälle wechseln ab mit Phrahleien Teherans über neue „Wunderwaffen“. Tatsache ist aber, dass der Iran 18 Jahre lang ein Atomprogramm verheimlichte. Der sicherheitspolitische Experte Dr. Oliver Thränert nimmt Stellung zur Iran-Krise:

► Teheran pocht darauf, ein Recht auf die Nutzung der Atomkraft zu haben. Was ist das Gefährliche am iranischen Atomprogramm?

Dr. Oliver Thränert: Das Gefährliche ist, dass Teheran nicht nur Leichtwasserreaktoren bauen will, wie den in Bushehr, sondern einen vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf anstrebt. Brennelemente sollen also nicht dauerhaft importiert, sondern selbst hergestellt werden. Dafür ist die Anreicherung von Uran notwendig, eine klassische dual use-Technologie, die zivil nutzbar ist, das Land aber auch befähigen würde, die Ausgangsstoffe für die Atombombe herzustellen, nämlich hochangereichertes Uran.

► Ist das Streben nach einem vollständigen Brennstoffkreislauf ein Indiz für den Griff nach der Atombombe?

Thränert: Das ist in den allermeisten Fällen ein entsprechendes Indiz gewesen. Die Mehrzahl der Staaten, die über die sehr gefährliche und zugleich sehr komplexe Technologie verfügen, sind zugleich auch Kernwaffenmächte. Pakistan hat beispielsweise diesen Weg der Urananreicherung beschritten, um sich die Fähigkeit zu erarbeiten, Atomwaffen herzustellen.

► Was würde ein weiterer Staat im Club der Atommächte schaden?

Thränert: Die Region des Mittleren und Nahen Ostens ist bereits von sehr vielen politischen Konflikten geplagt. Eine weitere nukleare Komponente in dieser Region würde vermutlich zu erhöhter Instabilität führen. Es wäre damit zu rechnen, dass sich weitere Länder – etwa Saudi-Arabien und Ägypten – auf den atomaren Weg begeben. Abgesehen davon wäre eine iranische Atombombe eine existenzielle Bedrohung für Israel. Schon jetzt greift die iranische Führung zu einer außerordentlich aggressiven Rhetorik gegenüber Israel. Und das würde sich sicherlich weiter verschärfen.

► Fürchten Sie eine Art Dammbreach bei der atomaren Rüstung?

Thränert: Ja. Vor allem der Atomwaffensperrvertrag wäre dann nicht mehr zu halten. Und damit wäre die zentrale Norm zur Nichtverbreitung von Atomwaffen ausgehebelt. Und dann würden sich nicht nur im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch in Asien nach Nordkorea weitere Staaten Kernwaffen verschaffen. Und es kann mit Fug und Recht bezweifelt werden, dass eine Welt mit 20 Kernwaffenmächten genauso stabil sein wird wie der Welt der bilateralen Konfrontation während des Kalten Krieges.

► Am 28. April wird die IAEA dem UN-Sicherheitsrat



Kernkraft als Symbol nationalen Stolzes: Eine Iranerin protestierte 2005 vor der Atomanlage von Isfahan für das Recht auf Atomkraft.

eine Einschätzung der iranischen Pläne geben. Kann in dem Bericht etwas anderes stehen als: Teheran sucht den Konflikt mit dem Westen?

Thränert: Eine solche politische Einschätzung wird in dem Bericht aller Voraussicht nach nicht stehen. Vielmehr wird darin stehen, dass sich Iran nicht an die Forderungen des UN-Sicherheitsrates gehalten und sein Urananreicherungsprogramm und andere Komponenten seines Atomprogramms fortgeführt hat.

► Wie sind die Intentionen Irans zu bewerten angesichts seiner Urananreicherung, seiner Mittelstreckenraketen und der Verbunkung seiner Atomanlagen?

Thränert: Selbstverständlich geht das alles genau in die von Ihnen genannte Richtung. Das iranische Regime scheint nicht zu einer politischen Kompromisslösung beitragen zu wollen. Vielmehr bewegt es sich auf einem Konfrontationskurs mit dem Rest der internationalen Staatengemeinschaft.

► Welches Interesse hat der iranische Präsident Ahmadinedschad an einer Eskalation?

Thränert: Er wird versuchen, durch eine solche Eskalation seine innenpolitische Lage zu stärken. Etwa, indem noch mehr Posten mit seinen Leuten

aus den Revolutionsgarden besetzt werden. Dazu wird er versuchen, das schon seit Jahren entsprechend propagandistisch betriebene iranische Volk in puncto Atomprogramm hinter sich zu scharen.

► Wenn der Sicherheitsrat den Verzicht auf den vollständigen Nuklearkreislauf fordert und die Mullahs dies ablehnen, schließt sich die Tür für diplomatische Lösungen. Heizen Sanktionen die Krise noch zusätzlich an?

Thränert: Sanktionen wären der nächste logische Schritt, um den Iran vom atomaren Weg abzubringen. Ob sie erfolgreich sind, hängt von ihrer Art ab. Man kann mit intelligenten Sanktionen beginnen, zum Beispiel Reisebeschränkungen für die Repräsentanten des Regimes, um zu sehen, wie das auf das iranische Volk wirkt.

► Aber würde etwa ein Fußball-WM-Bann für Ahmadinedschad nicht eher zur Solidarisierung führen?

Thränert: Das ist schwer zu prognostizieren. Möglicherweise verbreitet sich auch die Erkenntnis, dass die iranische Führung verantwortlich für die weitgehende internationale Isolierung des Landes ist.

► Substanzieller wäre doch wohl ein Waffenembargo?



Dr. Oliver Thränert: „Das iranische Regime muss mit intelligenten Sanktionen vom Volk isoliert werden.“ Foto: nh

Thränert: Wenn es über einen gewissen Zeitraum durchgehalten wird, hat es Einfluss auf die iranischen Entscheidungsprozesse. Wie überhaupt bei allen Sanktionen muss man hier aber einen langen Atem mitbringen.

► Ist ein langer Atem des Sicherheitsrates realistisch? Moskau und Peking wollen, anders als Washington, weiter Waffen an Teheran verkaufen.

Thränert: Aber alle diese Staaten eint ein Interesse, nämlich dass der Iran keineswegs Zugriff auf Atomwaffen haben darf. Deshalb haben sie bisher auch zu einer einheitlichen Position gefunden. Selbstverständlich haben Sanktionen unterschiedliche Auswirkungen auf die Länder. Doch da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Ich bin optimistisch, dass China und Russland nicht aus der geschlossenen Front gegenüber dem Iran ausscheren werden.

► Das atomare Feuer gilt Iranern wie Arabern als Symbol für den Selbstbehauptungswillen gegenüber dem Westen. Kann nur eine starke Geste der USA, etwa die Aufnahme bilateraler Verhandlungen über eine Sicherheitsgarantie, das Misstrauen dämpfen?

Thränert: Ich denke, dass es im Moment für die amerikanische Führung nicht möglich ist, in bilaterale Gespräche einzusteigen. Das wäre es im übrigen auch nicht, wenn statt eines Republikaners ein Demokrat im Präsidentenamt wäre. Nicht nur wegen des iranischen Atomprogramms, sondern vor allem wegen der aggressiven anti-israelischen und antisemitischen Rhetorik der derzeitigen Führung.

► Während die Mullahs mit der EU-3 verhandeln, forcierten sie das geheime Atomprogramm. Jetzt behauptet das Regime, bald über die P2-Zentrifuge zu verfügen, die die Urananreicherung erheblich beschleunigen würde. Lläuft der Welt die Zeit davon?

Thränert: Es ist schwer zu sagen, wie lange Iran noch brauchen wird, um sich tatsächlich die Option auf eine atomare Bewaffnung zu verschaffen. Ich rechne mit mindestens drei Jahren, wahrscheinlich sind aber eher fünf bis sechs Jahre. Auf jeden Fall ist die Welt aber gut beraten, möglichst frühzeitig zu einer friedlichen politisch-kooperativen Lösung zu kommen, um die iranische

Atombombe zu verhindern.

► Politisch-kooperative Lösungen gehen von der Prämisse aus, beim Gegenüber Rationalität vorzufinden. Was, wenn die Drohung, Israel von der Landkarte zu wischen, keine Propaganda, sondern ernst zu nehmende Ideologie ist?

Thränert: Sollte sich dies tatsächlich als reales Ziel herauskristallisieren und der Iran in der Zukunft über die Atombombe verfügen, werden wir im Nahen und Mittleren Osten eine sehr kritische Situation haben. Deswegen gilt es, Irans Griff nach der Bombe zu verhindern. Ansonsten wird die Lage instabil. Denn für Israel wird es schwierig, eine glaubwürdige nukleare Zweitschlagskapazität darzustellen. Schon allein wegen seiner Lage als extrem kleines und schmales Land.

► US-Sicherheitsexperten warnen vor einem Krieg mit Iran. Dieser sei weit mächtiger als der Irak oder El Kaïda. Ist der Iran besiegbar?

Thränert: Ich glaube, dass es viel zu früh ist, um über entsprechende militärische Optionen zu sprechen. Jetzt ist die Zeit, den diplomatischen Prozess voranzutreiben. Da stehen wir noch ganz am Anfang. Im Moment hat der UN-Sicherheitsrat Forderungen aufgestellt. Werden die ignoriert, wird man über Sanktionen entscheiden müssen. Und erst zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt muss man über militärische Maßnahmen nachdenken. Würden sie durchgeführt, wäre eine fundamentale Krise die Folge, wie die Erfahrungen im Irak zeigen. Zudem ist der Iran militärisch viel stärker als es Saddam Hussein 2003 gewesen ist. Ich glaube auch nicht, dass wir einen Krieg gegen den Iran sehen werden, höchstens gezielte Schläge gegen Atomanlagen.

► Sind gezielte Luftschläge tatsächlich eine Option? Das Regime drohte jetzt mit 40.000 Selbstmordattentätern, die für diesen Fall bereitstünden.

Thränert: Das ist ein Mittel, über das der Iran möglicherweise verfügt. Deshalb muss man mit militärischen Mitteln äußerst vorsichtig umgehen und zunächst mal einen langen Atem bei den politischen Prozessen bewahren.

Das Interview führte Joachim Ziefler

Interview der Woche



Zur Person

Berater der Regierung

Oliver Thränert, Jahrgang 1959, ist promovierter Politikwissenschaftler und leitet die Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Zuvor arbeitete Thränert von 1986 bis 2001 im Referat „Internationale Politikanalyse“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Thränert forscht vor allem zu ABC-Waffen, internationalen Rüstungskontrollregimen und Raketenabwehr. Die SWP ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die auf Basis eigener, praxisbezogener Forschung den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät. jz